

Funktionalisierung und Entfremdung

Ziehen wir John O'Donohues (1997, 1998) philosophische Texte erneut heran, so können diese auch dabei helfen, den tieferen Bedeutungen von Funktionalisierung und Entfremdung auf den Grund zu gehen. Problematisch ist, wenn wir das aus der allgegenwärtigen Technologie abgeleitete funktionalistische Denken auf alles Menschliche übertragen. Menschen werden für Zwecke benutzt, ohne dass sie selbst als Menschen noch eine Bedeutung haben. Funktionalisierung und Kontrolle gehen dabei Hand in Hand. Die Systeme haben die Kontrolle übernommen. Die Menschen lassen sich verführen, diese Systeme am Laufen zu halten, weil sie selbst nach Besitz, nach Status oder Macht streben. Der ständige Vergleich und Wettbewerb in einer funktionalistischen Welt führt jedoch zu Einsamkeit. Die aus Kapitalismus und Funktionalismus bestehende Ideologie, die unser Alltagsleben und unser berufliches Leben, auch in den Schulen und Universitäten, immer stärker beherrscht, ist destruktiv, weil sie vielen Menschen schadet und die gesamte Gesellschaft immer weiter in eine sehr problematische Richtung treibt. Je nach Kontext können Arbeitsplätze, im Feld von Pädagogik und Wissenschaft, sehr stark auf Wettbewerb ausgerichtet sein, wobei oftmals Menschen gezielt gegeneinander ausgespielt werden, mit dem Ergebnis, dass diejenigen, die eigentlich meine Kolleg_innen sein könnten, zu meinen Gegner_innen werden. Es werden durch solche Systeme und durch die Führungskräfte, die sie bedienen und die an den Schaltstellen der Macht sitzen, Spannungen regelrecht künstlich erzeugt, oftmals regelrecht angeheizt, indem man etwa Menschen für dieselbe Arbeit ganz erheblich unterschiedlich besoldet. Man kann Menschen auf diese Art sehr subtil beherrschen und untereinander in einen fortwährenden Konkurrenzkampf treiben. Statt sich miteinander als Gleiche zu solidarisieren und etwa gegen unzumutbare Forderungen seitens der Systeme aufzubegehren, rivalisieren die Menschen, auch Professor_innen, jetzt miteinander um Geld, Ressourcen, Personal oder Status. Oft genug bekämpfen sie sich dabei auch persönlich, wodurch Atmosphären entstehen, wie aus den verschiedenen Regionen Deutschlands immer wieder zu hören und zu lesen ist, die sich unter Rückgriff auf Peter Sloterdijks Sphären-Philosophie als *toxisch*, das heißt kaum lebbar, erweisen. Im Grunde ist es ja genau das, was von Systemseite intendiert und gewünscht ist. Doch solche Unternehmens- und Organisationsphilosophien haben etwas ethisch Verwerfliches. Es wird höchste Zeit, dies alles zu durchbrechen und zu beenden, denn das ist alles Red Ocean. Dies gelingt aber nur durch eine aktivere Rolle der Zivilgesellschaft. Es ginge ja auch anders und in den Community-Projekten, die in der Zukunft in unserem Land zu Tausenden entstehen werden, soll es auch anders sein, das heißt schöpferisch und im Geist der gemeinsamen Unternehmung, der gemeinsamen Zielsetzung, des gemeinsamen gesellschaftlichen, ökologischen und globalen Anliegens. Wenn wir aber etwas Substantielles verändern wollen, dann müssen wir umdenken und auch im Tausch gegen unsere wiedergewonnene Freiheit auf einige Dinge verzichten, etwa auf teure Autos, Flugreisen, Hotelurlaube, Kreuzfahrten und anderes mehr. Dann brauchten wir auch nicht mehr so viel zu arbeiten und nicht mehr so viel Zeit im Berufsverkehr, beim Pendeln und auch nicht in spannungsgeladenen Meetings zu verbringen.

Dazu müssten natürlich die Sozialsysteme reformiert werden, inklusive der Zahlung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Es muss jedoch unbedingt ein bedingungsloses, garantiertes, lebenslanges Grundeinkommen sein und nicht eine vorüber-

gehende Zahlung, die nur dazu dienen soll, sich möglichst schnell wieder in das alte System einzufädeln. Das ist etwas völlig anderes, weil das gegenwärtige System dabei ja gar nicht in Frage gestellt wird. Es ist eine Mogelpackung, den Leuten so etwas anzubieten. Es klingt nur besser als Hartz IV und hat vielleicht den Vorteil, dass man das Geld nicht ständig neu beantragen muss. Aber im Grunde ist es dasselbe. Mir geht es um die Veränderung des Systems als Ganzes. Es müssen tatsächlich neue Arbeits- und Lebenskontexte entstehen, die mehr lokalen Bezug und weniger Mobilität mit sich bringen. Die Zukunftsentwürfe des Berliner Architekten und Urban Designers Max Schwitalla zeigen hier Möglichkeiten auf. So wird eine ganz andere Lebensqualität und auch eine andere Beziehungsqualität entstehen. Das wäre der Blue Ocean. Zunehmend wird der, in unserer Gesellschaft dominierende, Leistungsbegriff, auf dem derartige Praktiken und Systemstrukturen ja beruhen, hinterfragt. Herbert Marcuse (2012) veröffentlichte bereits vor 50 Jahren seine Kritik an der durch Medien, Politik und Industrie unternommenen Manipulation der Bürger_innen, an der Entfremdung, die sich unter den geltenden gesellschaftlichen Bedingungen ergibt, an der Flucht in Empirie und quantitatives Denken, am Aufbau eines technokratischen Herrschaftswissens. Marcuse plädierte für eine qualitative Reflexion der gesellschaftlichen Probleme. Aus seiner Sicht nimmt der Wohlfahrtsstaat der Bevölkerung die kritischen und revolutionären Reflexe. Die Arbeitswelt ist für Marcuse zu einer Herrschaftssphäre der Entfremdung geworden. In den Medien und in der Politik dominiert zugleich eine funktionalisierende Sprache. Sprache wird zu einem Instrument der Verschleierung und an dieser Verschleierung wirkt die Inklusions- und Sonderpädagogik zu weiten Teilen in unhinterfragter Betriebsamkeit mit, indem sie hilft, ein längst überkommenes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem am Laufen zu halten. Wir müssen also stets die Gesellschaft, auf der einen Seite, und das Bildungssystem, auf der anderen Seite, in den Blick nehmen, einschließlich der Wechselwirkung zwischen beiden.

Kritik am Wissenschaftsbetrieb, den die zukünftigen Lehrkräfte und Pädagog_innen ja durchlaufen und der diese in ihren späteren Denk- und Handlungsweisen prägt, lässt sich ferner aus systemtheoretischen Überlegungen (vgl. Luhmann, 2012) ableiten. Viele Universitätsinstitute und Abteilungen, speziell in den Bildungs- und Erziehungswissenschaften sind zu *selbstreferentiellen*, sich selbst zum Maßstab nehmenden, um sich selbst kreisenden Systemen, zu in erster Linie sich selbst reproduzierenden, wie Niklas Luhmann es nennt: *autopoietischen* Systemen geworden, die letztlich mehr mit ihrer Selbsterhaltung und mit der Anhäufung von Ressourcen und Statusvermehrung beschäftigt sind. Die eigentlichen, gesellschaftlich relevanten Fragestellungen, mit deren Lösung sie ursprünglich einmal von den Bürger_innen, die dafür ihre Steuergelder aufwenden, beauftragt worden sind, geraten dabei teils völlig aus dem Blick. Oftmals haben die jeweiligen Protagonist_innen in den universitären Abteilungen und Instituten gar kein Bewusstsein dafür, was draußen in der Gesellschaft tatsächlich passiert und welchen Veränderungsbedarf es dort wirklich gibt. Sie tauchen in die Analyse austauschbarer Daten ein, eben in das, wofür es gerade Geld gibt, folglich in das, was von der Politik und den Verwaltungen vorgegeben wird und in das, was am allermeisten der eigenen Karriere im monetären Sinne und im Sinne von sozialem Status dient. Kritik an den Zwängen und der Übermacht speziell der Schulpädagogik wurde bereits vielfach geübt und zugleich für die Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte, für die Entwicklungsautonomie des einzelnen Kindes und Jugendlichen argumentiert, etwa seitens der antiautoritären Erziehung (z. B. Neill,

1998). Teils stehen diese Strömungen unter dem Einfluss der Kapitalismuskritik und des Freudomarxismus, teils unter dem Einfluss der Reformpädagogik. Kritik an Entmündigung und Manipulation gab es auch seitens der Antipädagogik (vgl. Braunnühl, 2006), ferner seitens der von den USA ausgehenden De-schooling- oder Entschulungsbewegung (vgl. Goodman, 1971, 2012; von Hentig, 1972; Illich, 2000; Reimer, 1972; Vetter und Scheidler, 2014). Für Paul Goodman, den sicherlich prominentesten Vertreter dieser kritischen Bewegung, werden die Jugendlichen nicht erwachsen, weil sie im falschen Umfeld aufwachsen. Die Schule bereitet sie lediglich auf ein entfremdetes Leben unter Leistungs- und Konsumdruck vor. Der heimliche Lehrplan, den die Schule verfolgt, zielt nach Goodmans Auffassung auf die bloße Einfügung der Heranwachsenden in die bestehenden Lebens- und Arbeitsformen. Es erfolgt eine politische Erziehung nach den jeweils machthabenden Regierungen. Besser wäre es jedoch, so Goodman, offenere kommunikative Netzwerke und Einrichtungen zu schaffen, und so Freiheit und Autonomie zu fördern.

Doch in den deutschen Schulen der Gegenwart, speziell im Bereich der Sekundarstufe I, haben wir seit geraumer Zeit eine nicht zu kleine Gruppe von Heranwachsenden, die in dieser Art von Bildungssystem nicht zurechtkommen und die in irgendeiner Form aus dem Felde gehen oder sich entziehen. Wieviele Lehrkräfte, die unter den Bedingungen eines solchen Schulsystems arbeiten, kommen im Laufe ihrer Dienstjahre an den Punkt, dass sie nicht mehr können oder wollen? Oftmals, insbesondere dann, wenn sie einen Beamtenstatus haben und nicht ohne weiteres kündigen können, bietet sich ihnen kein adäquater Ausweg, das System wieder zu verlassen, ohne den allergrößten Teil ihrer Altersversorgung wieder zu verlieren. Ähnliches gilt für Professor_innen, die auch nicht frei in andere Berufsfelder oder bloß an eine Universität im Ausland wechseln können. Der rote Faden in alldem ist nicht nur die Beschränkung der individuellen Freiheit, zugunsten der Systemstabilität und Systemkontinuität, Prinzipien, wie sie noch aus dem alten Preußen stammen, sondern zugleich auch, um dieses, durch Karl Marx geprägte, Leitmotiv aufzugreifen: *Entfremdung*. David Prechts (2020) Plädoyer lautet denn auch, lieber erfüllter und selbstbestimmter zu leben, zu arbeiten und sich selbst zu verwirklichen, statt den ganzen Tag über in einem Büro vor einem Rechner zu sitzen und Daten zu analysieren oder unternehmensinterne Abläufe zu optimieren, die einen persönlich nicht im Geringsten interessieren oder anderen Menschen Produkte zu verkaufen, die diese nicht brauchen. Nicht immer mehr Effizienzsteigerung und Perfektionierung, sondern kreative Selbstverwirklichung. Für Hüther et al. (2020) wandelt sich derzeit durch die globalen Umbrüche unsere Vorstellung von Arbeit. Weil die Bildungseinrichtungen, darunter die Schulen und die pädagogischen Fachbereiche der Universitäten, sich jedoch zu weiten Teilen dieser Erkenntnis verweigern, behindern sie teils eine zukunftsorientierte Bildung. Aus dieser Sicht muss die Zivilgesellschaft, verstehen wir hierunter die Gesamtheit der aufgeklärten und engagierten Bürger_innen dieses Landes, demnächst eine viel wichtigere Rolle übernehmen, als es derzeit unter der Vorherrschaft von Politik, Regierungen und Bildungsinstitutionen der Fall ist. Precht sieht eine Massenarbeitslosigkeit auf uns zukommen, in Zusammenhang mit der Digitalisierung. Er schlägt daher, wie viele andere auch, ein bedingungsloses Grundeinkommen für jeden Menschen vor. In der Schule und in den parallel entstehenden Community-Projekten sollten Motivation und signifikantes Lernen gefördert werden. Die befreite Gesellschaft, ohne repressive Arbeit und ohne die Unterdrückung des Lustprinzips, wie sie Herbert Marcuse (1982) beschrieben hat

und zugleich eine Gesellschaft wie sie Erich Fromm (1976) entworfen hat, in der es auf Sein, philosophische Tiefe und ein qualitativ erfülltes, solidarisches Miteinander und nicht auf Haben, Besitzen, Rivalisieren und das Anhäufen von Statussymbolen oder das Ausüben von Kontrollmacht über andere Menschen ankommt.

Das seelische Leid in der Schule Schwarzegg war nur so lange möglich, weil die Schüler_innen, als auch die Lehrkräfte, durch gesetzliche Rahmenbedingungen *gezwungen* waren, dort zu bleiben bzw. täglich in diesen *Käfig* zurückzukehren. Die Schulleiterin beauftragte eine Kollegin damit, einen Schüler aus einer anderen Klasse immer in der 6. Stunde, wenn der Junge schon nicht mehr die beste Konzentrationsleistung zeigen konnte, mit einem diagnostischen Verfahren zu testen, um ihm zu geringe Intelligenz nachzuweisen und ihn dann an eine Förderschule Lernen abschieben zu können. Lehrkräfte, die keine Beamt_innen sind, hätten einfach gehen oder relativ kurzfristig kündigen können und wären durch ein Grundeinkommen nicht sogleich ins wirtschaftliche Chaos gestürzt worden. Schüler_innen und Eltern hätten sich ebenfalls aus dieser Schule zurückziehen und nach einem alternativen Projekt suchen können, um sich dort einzuschreiben. So hätten sich alle, die hier zu Opfern von Mobbing, Schikanen und seelischen Misshandlungen wurden, der Führungsclique an jener Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung unmittelbar entziehen können. Erst der Zwangscharakter des gegenwärtigen Systems setzte die betroffenen Kinder, Jugendlichen, Eltern und Lehrkräfte dort regelrecht fest. Die schließlich durchgesetzten Reformen benötigten fünf ganze Jahre, wegen diverser Verstrickungen und Verwicklungen, wozu auch Personen aus der oberen Schulaufsicht und der Landespolitik gehörten. Fünf Mal sahen die betroffenen Kinder, Jugendlichen, Eltern und Lehrkräfte den Sommer kommen und gehen, ebenso den Winter, bis das sich endlich etwas änderte, obwohl ein Kreis von Personen unentwegt gegen die Missstände ankämpfte. Unsere demokratische Gesellschaft mit ihren teils rigiden, bürokratischen Institutionen und Aufsichtsbehörden und den auf den oberen Rängen befindlichen Funktionsträger_innen, trägt die Verantwortung für dieses Versagen gegenüber den betroffenen Menschen. 2009 stellte ich das Material erstmalig zur Diskussion, auf einem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften, zum Thema *Kulturen der Bildung*, an der TU Dresden. Es gab einen, von mehreren Akteur_innen gestalteten, Workshop zum Thema *Unkulturen der Bildung* und hier brachte ich meine Sache ein. Es gab einen regelrechten Eklat, weil etliche der dort Anwesenden nicht ertrugen, dass ich das Material zunächst einmal ungefiltert, wenn auch bloß exemplarisch, vorstellte, ohne sogleich Theoretisierungen anzubieten und das düstere Material sogleich damit wieder zuzudecken. Das gipfelte in der kecken Frage eines Professors, welchen Nutzen das Material, das ich hier soeben vorgestellt hätte, denn nun für die Erziehungswissenschaften hätte? Ich war recht erstaunt, dass jemand das überhaupt von der Seite betrachten könnte. So fragte ich denn zurück, was denn der Nutzen sei, den eine so malträtierte Schule aus den Erziehungswissenschaften ziehen könne, denn diese Schule brauche ja nun eine solide fachliche Orientierung und gut ausgebildete Lehrkräfte und hätte dies, trotz der Existenz der deutschsprachigen Erziehungswissenschaften mit all ihren lehrkräftebildenden Studiengängen, alles offenbar nicht zur Verfügung gehabt.

Hier muss sich dringend etwas ändern. Ich setze auf die junge Generation der politischen und gesellschaftlichen Aktivist_innen und möchte ihnen Mut machen, die Veränderung jetzt voranzutreiben. Gibt man den Menschen ihre Freiheit zurück, än-

dert sich in der Regel alles sehr schnell. Die Texte von Erich Fromm besitzen für solche zukunftsorientierten Entwürfe eine besondere Bedeutung. Zu Fromms Buch *The Fear of Freedom* hat Noam Chomsky das Folgende gesagt: »Erich Fromm speaks with wisdom, compassion, learning and insight into the problems of individuals trapped in a social world that is needlessly cruel and hostile.« Unsere Gesellschaft ist also ohne Grund und ohne Not in vielen Bereichen grausam und feindselig, weil sie an überkommenen Strukturen festhält und bisher bedauerlicherweise reformunwillig ist. Tom Hodgkinsons (2007) Buch *How to be free* enthält eine ganze Reihe inspirierender Ansatzpunkte und für John Locke ist Freiheit eine Art Naturzustand des Menschen. Der Mensch ist für Locke »von jeder höheren Macht auf Erden frei«. Er untersteht »nicht dem Willen oder der Gesetzesgewalt eines Menschen« und er ist »keinem fremden Willenszwang und keiner Einschränkung seiner Rechte ausgesetzt« (vgl. Decher, 2012, S. 97f.). Doch wie sieht das denn in der derzeitigen gesellschaftlichen und pädagogischen Wirklichkeit aus? Ist das schon so? Für Immanuel Kant geht es vor allem darum, dass die Menschen zu einem öffentlichen Gebrauch der Vernunft und zu gedanklicher Freiheit gelangen und dass sie den Mut haben, sich ihres Verstandes zu bedienen (vgl. Decher, 2012, S. 130). Was hindert uns also noch daran? Immer mehr ist die Rede von der gesellschaftlichen Transformation in Richtung einer Postwachstumsgesellschaft (vgl. Welzer und Wiegand, 2014; Wright, 2017). Durch ein bedingungsloses Grundeinkommen, das jeder Mensch ein Leben lang bezieht, ohne dass er irgendwelche Anträge stellen und ohne dass er Bittgänge unternehmen muss, ließe sich die Handlungsautonomie aller Akteur_innen vergrößern, insofern liegt darin ein enormes emanzipatorisches Potenzial. Es fände auch eine Machtverschiebung von den staatlichen Institutionen zur Zivilgesellschaft statt. Zugleich könnten all die sozialen Transferleistungen, wie sie in der Gegenwart gezahlt werden, etwa Wohngeld, Erziehungsgeld, Arbeitslosengeld II und all die Hilfen, wie sie etwa während der Corona-Krise an die Menschen verteilt worden sind, beendet werden. Es könnten sehr umfassende, kostenintensive Verwaltungsapparate, Deutschland verfügt über eine enorm aufgeblähte, teure Sozialbürokratie, geschlossen werden. Das eingesparte Geld könnte auf die Menschen verteilt werden, nur eben anders. Die nach der Abwicklung unnötiger Sozialbürokratie leerstehenden Immobilien können verkauft und umgebaut werden, damit insbesondere in den großen Städten mehr Wohnraum entsteht.

Der aufgeblähte Bundestag müsste endlich deutlich verkleinert werden, denn an den immer mehr Abgeordneten hängen ganze Stäbe von Mitarbeiter_innen mit einem gewaltigen Gebirge aus Gehältern, Zulagen, Reisekosten, Trennungsgeldern, Immobilienkosten, Betriebskosten und Pensionsansprüchen. Überall haben wir Lean Management, aber seltsamerweise nicht hier. Offenbar denkt auch der größere Teil der politischen Kaste in erster Linie systemerhaltend, selbstreferentiell und autopoietisch, um erneut Luhmanns Begrifflichkeiten heranzuziehen. Wichtig wäre, dass jeder Mensch, gleichgültig, was er/sie darüberhinaus dann arbeitet, schafft, entwirft oder produziert und dann noch hinzuverdient, dass er/sie dieses Geld wirklich lebenslang bezieht. Dadurch würden sich die Ängste vor Altersarmut deutlich verringern, die Kriminalität könnte sinken, das Selbstwertgefühl der vielen Menschen, die jetzt von sozialen Transferleistungen abhängig sind, könnte steigen, indem zugleich eine neue Philosophie in der Gesellschaft zum Leben erweckt wird. Menschen, die sich in der Gegenwart ausgegrenzt und abgeschieden fühlen und teils aggressiv oder destruktiv geworden sind, würden so eine Wertschätzung erfahren und das Signal bekommen,

dass auch sie Teil dieser Gesellschaft sind und dass wir daran glauben, dass auch sie etwas Konstruktives aus ihrem Leben machen können. Sie würden sich dann auch eher mit unseren demokratischen Werten identifizieren. Wir dürfen von unseren Politiker_innen erwarten, dass sie stärker philosophisch agieren. Die Zahlung eines Grundeinkommens sollte jedoch nicht als Einladung zum Nichtstun verstanden werden, sondern zum eigenen, selbstbestimmten Engagement, auf allen möglichen Ebenen der Gesellschaft, beflügeln. Diese Zahlung sollte ein Ansporn zur Entfaltung der eigenen Kreativität, eine Bestärkung, auf dieser Basis dann zu sehen, was der eigene gesellschaftliche und globale Beitrag sein kann. Vor allem soll das Grundeinkommen dazu beitragen, die starren, rigiden, menschenfeindlichen Vorstellungen von Arbeit zu überwinden. Arbeit muss wieder als etwas Schöpferisches, Erfüllendes, Selbstbestimmtes entworfen und von innen heraus mit neuer Motivation aufgeladen werden. Das Grundeinkommen sollte steuerfrei gezahlt werden, damit auch die Mittelschicht, die zu weiten Teilen darüberhinaus aktiv sein will, auch etwas davon hat und nicht ein großer Teil des Geldes wiederum durch Steuern aufgefressen wird. Aber auch etliche Menschen aus der Mittelschicht, die seit Jahrzehnten besonders hart im Rädchen der Arbeitswelt laufen und unsere Gesellschaft mit ihren Steuerzahlungen am Leben erhalten, möchten vielleicht ihre Arbeitsstunden reduzieren, um dann teils schöpferische Dinge zu tun. Eine Bankmitarbeiterin will vielleicht an einem Tag in der Woche malen, in einem neu eingerichteten Atelier. Ein Lehrer will vielleicht Stunden reduzieren und teils in der ökologischen Landwirtschaft tätig sein.

Das alles wird die Berufszufriedenheit erhöhen und die Krankheitskosten in diesem Land senken. In Kürze läuft auch eine großangelegte Längsschnittstudie zum bedingungslosen Grundeinkommen an, unter der Leitung von Jürgen Schupp, vom Institut der deutschen Wirtschaft. Die zentrale Frage, die diese Studie, für die sich zahllose Bewerber_innen gemeldet haben, lautet, ob die Menschen auch während des Bezugs eines Grundeinkommens produktiv bleiben. Wenn wir also endlich die Schulpflicht in eine selbstgestaltete Bildungspflicht umwandeln würden, somit den jungen Menschen und ihren Familien ihre Freiheit zurückgeben würden, selbst zu entscheiden, wie diese, so bedeutsamen Jahre, mit Lernaktivitäten gefüllt werden, also den rigiden Schulzwang endlich abschaffen würden, hätte dies sicherlich enorm positive Effekte. Zahlreiche Publikationen legen ja auch nahe, dass wir über *Unschooling* und selbstgesteuertes und selbstbestimmtes Lernen ebenfalls, oder gar viel besser und nachhaltiger, zu neuen Formen der Wissensaneignung gelangen (vgl. z. B. Stern, 1993, 2006, 2016). Wichtig wäre natürlich auch, darauf zu verzichten, am Ende der selbstgestalteten Bildungsjahre eine einheitliche Prüfung abzuhalten. Wofür sollte diese auch gut sein? Das ist alles altes Denken! Es geht jetzt darum, den jungen Menschen endlich ihre Freiheit und ihr tatsächliches Recht auf Bildung zurückzugeben. Wir sollten mit diesen peinlichen Kontrollen einfach aufhören. Dazu muss der Staat, hier in Gestalt der Bundesländer, sein Monopol in Bildungsfragen aber aufgeben. Universitäten und weiterführende Schulen können dann ihre eigenen Aufnahmetests machen. Das sollten sie tatsächlich tun und sehen, ob jemand, mit seinem Kenntnisstand, in der Lage sein wird, ein Studium erfolgreich abzuschließen. Davon sollte auch nicht abgerückt werden, insbesondere wenn es um technische, medizinische oder juristische oder vergleichbare Studiengänge geht. Es sind die diversen Schulabschlüsse, die jetzt in Frage gestellt werden müssen. Es ist das Abitur, auf das wir am ehesten verzichten könnten, denn die Studierfähigkeit garantiert es schon lange nicht mehr.

Diese Klage war ja in den vergangenen Jahren immer wieder aus der Universitätswelt zu hören. Zunehmend haben wir ja auch junge Menschen mit einem Schulabschluss Klasse 10 und ein paar Jahren Berufserfahrung an den Universitäten. Das Abitur hat ohnehin längst seine Strahlkraft verloren, in dem Moment schon, wo es von immer mehr jungen Menschen erreicht wird. Oftmals wird den Jugendlichen aber während der gymnasialen Oberstufe auch Gewalt angetan, durch erzwungene Fächerkombinationen, die ihren Neigungen nicht entsprechen und folglich keine optimale Verwirklichung von Lerninteressen erlauben. Was die jungen Leute aber gelernt haben ist, dass sie sich anpassen und fügen müssen und dass es eben nicht darum geht, dass sie ihr ganz eigenes Lebensprojekt angehen können. Mit so etwas sollten wir aufhören.

In zahlreichen anderen europäischen und anderen Ländern, in Großbritannien, in der Schweiz, in den Niederlanden, in den USA, in Australien oder Brasilien haben wir schon freiere Formen sich zu bilden, jenseits von Schulpflicht und Schulzwang, etwa in Form einer Unterrichts-, Lern- oder Bildungspflicht, der auch in Form von Homeschooling oder Unschooling nachgekommen werden kann. Jan Edel (2008) hat einen Überblick über die Situation in Europa gegeben. Die freie Bildungspflicht scheint mir ideal, auch mit Blick auf die Community-Projekte, um die es mir geht, nicht aber das selbstständige Lernen eines staatlich vorgegebenen Curriculums, etwa im Homeschooling, selbst wenn das schon ein Fortschritt zum Schulzwang sein mag. Die Bildungspflicht wird in dem Artikel von Edel folgendermaßen definiert: »Die Eltern sind verpflichtet, für eine ausreichende und der Schule mindestens gleichwertige Bildung ihrer Kinder zu sorgen. Die Wahl der Methode und des Ortes bleibt frei. Die Eltern können wählen, ob das Kind durch Unterrichtung gebildet wird, oder ob es beispielsweise durch selbstbestimmte Lernformen zu seiner Bildung gelangt« (a. a. O., S. 20). Das können dann eben in Zukunft die transformativen Community-Projekte sein, in denen genau diese selbstbestimmten Lernformen stattfinden. Es ist erstaunlich, dass gerade Deutschland, ein Land dass sonst so große Stücke auf seine fortschrittliche, freiheitliche Demokratie hält, diese längst fällige Reform bisher nicht unternimmt und die Freiheit seiner Bürger_innen so massiv einschränkt. Würde die Schulpflicht aufgehoben, würden sich automatisch die Schulen verkleinern. Die Kosten für die staatlichen Schulen würden auch beträchtlich sinken. Es brauchten weniger Lehrkräfte eingestellt zu werden. Dies wiederum müsste den Landesregierungen helfen, die derzeit kaum noch genügend Lehrkräfte für ihr inklusives Schulsystem bekommen können, das offenbar an Attraktivität bei der jüngeren Generation verloren hat. Den nachrückenden jungen Generationen ist ja nicht verborgen geblieben, wie anstrengend das Unterrichten an Schulen, insbesondere unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, geworden ist. Immer seltener wählen junge Menschen daher einen Lehramtsstudiengang. Es gibt kaum eine Landesregierung, kaum ein Bildungsministerium, die derzeit nicht auf das Etablieren von Schnellmaßnahmen des Quereinstiegs, des Seiteneinstiegs oder des dualen Studiums drängen, um rasch an Lehrkräfte zu kommen. Doch wie nachhaltig ist das? Zwar werden nun Personengruppen mit den vielfältigsten beruflichen Vorerfahrungen und Studienrichtungen für den Schuldienst rekrutiert, teils, indem man sie schon während des Studiums bezahlt, was sicher zum einen zu einer Erweiterung der schulinternen Perspektiven führen wird, doch zugleich wissen wir nichts darüber, wie lange diese, im Schnellverfahren ausgebildeten, Lehrkräfte die pädagogische Arbeit in den überregulierten staatlichen

Schulen tatsächlich durchhalten werden. Letztlich muss sich das System ändern. Die staatlichen Schulen können in der jetzigen Form nicht mehr lange weitermachen. Würden wir die Schulpflicht aufheben, bräuchten auch weniger Lehramtsstudierende an den Universitäten ausgebildet zu werden. So oder so würden weniger Menschen an die Universitäten strömen, wenn wir zugleich ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen würden, weil Bachelor- und Masterabschlüsse bei vielen jungen Menschen an Bedeutung für die eigene Lebensgestaltung verlieren würden.

Es wäre plötzlich ein Leben denkbar und vorstellbar jenseits solcher Abschlüsse, jenseits von Credits, Modulen, Modulprüfungen, Teilmodulprüfungen, oftmals versäumten Anmeldungen und all dem Trouble, der daraus entsteht, auch für die Lehrenden. In den neuen transformativen Projekten, die freilich noch genauer beschrieben und definiert werden müssten, würde auch das Handwerk eine Renaissance erfahren. Völlig zu Unrecht ist in den vergangenen Jahren die Akademisierung zum allein richtigen Weg und zu einem alles beherrschenden beruflichen Leitmotiv hochstilisiert worden. Praktische Arbeit und Handwerk wurden dagegen abgewertet. Es wird nun höchste Zeit, diesen schwerwiegenden Fehler wieder gut zu machen. Nicht nur befanden sich in den vergangenen Jahren viele junge Menschen an Universitäten, die dort eigentlich nicht hingehören, weil sie nämlich nicht gerne lesen, debattieren, Konzeptpapiere oder Abhandlungen schreiben und sich nicht mit der nötigen Leidenschaft in theoretische Diskurse hineinarbeiten. Bedauerlich aber ist, dass sie, unter dem Einfluss der unangemessenen Gewichtung akademischer Abschlüsse seitens der Politik und der Medien, nicht mehr erleben konnten, wie erfüllend stattdessen der Umgang mit Werkzeug oder Material im Handwerk und der sonstigen praktischen Arbeit sein kann. Vermutlich gehen diese Irreführungen darauf zurück, dass viele, aus den unteren Sozialschichten aufgestiegene, Politiker_innen und Wissenschaftler_innen eben dieses Muster des Aufstiegs durch Akademisierung so massiv propagiert haben, weil sie ihre eigene Geschichte zum Maßstab genommen haben, weil sie sich mit dieser eigenen Story überidentifizieren und sich selbst nichts anderes mehr vorstellen können. Genau das aber ist jetzt im Umbruch. Das Muster funktioniert nicht mehr. Es ist nicht nur überholt, ja es wird zunehmend kontraproduktiv. Dies auch deshalb, weil die Menschen, die all diese akademischen Abschlüsse erworben haben, erstens nicht alle beständig aufsteigen können, oftmals auch in der Arbeitslosigkeit landen und sich dann, mit Verspätung, andere berufliche Wege suchen müssen. Zum anderen ist es auch so, dass diese Inhaber_innen von akademischen Abschlüssen nun auch nicht automatisch mehr Lebensglück ausstrahlen. Im Gegenteil, auf den Ebenen, die sie erreichen, geht es oftmals sehr kalt, rivalisierend, verbissen und geistig überaus eng zu (vgl. hierzu auch Siegmund und Wildermuth, 2012, S. 133–162). Viele Arbeitskontexte sind durch ein hohes Maß an Entfremdung gekennzeichnet. Trotz allem ist es im Hinblick auf die transformativen Zukunftsprojekte, wie auch für die ja noch fortbestehenden, aber sich reformierenden, Schulen wichtig, dass sich eine bestimmte Gruppe von Menschen mit Soziologie, Philosophie, Kulturwissenschaften, Pädagogik, Sozialarbeit und den diversen Unterrichtsfächern usw. im wissenschaftlichen Kontext beschäftigt und dafür sicher auch Universitäten besucht. Universitäten sollen ja vom Kern her weiter bestehen, aber quantitativ betrachtet, deutlich zurückgefahren werden und dadurch auch deutlich weniger Ressourcen verbrauchen. Dasselbe sollte für die staatlichen Schulen gelten.